

Antrag 204/I/2018

AGS Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ethische Regeln für Digitalisierung / digitale Transformation erarbeiten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages,
2 der künftigen deutschen Bundesregierung sowie des Eu-
3 ropäischen Parlaments werden beauftragt, dafür Sorge zu
4 tragen, dass im Rahmen der Digitalisierung bzw. digitalen
5 Transformation durch geeignete Behörden bzw. das Parla-
6 ment ethische Regeln erarbeitet werden.

7
8 **Begründung**

9 Die Digitalisierung läuft derzeit noch außerhalb jeglicher
10 Regulierungen ab, obwohl es gerade hierbei zwingend er-
11 forderlich ist, ethische Regeln zu erarbeiten. Populisten
12 nutzen diesen bisher rechtsfreien Raum, mit Schreckens-
13 szenarien Arbeitsplatzverlustängste zu schüren, statt ei-
14 nen Weg zu beschreiben, um alle „mitzunehmen“. Hier-
15 zu sind zunächst gemeinsame Regeln zu entwickeln, was
16 dem Parlament obliegen muss; denn die digitale (Arbeits-
17) Welt wartet nicht auf Deutschland.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung des FA VII (Konsens)

(LPT I/2018: Überwiesen an FA VII - Wirtschaft und Arbeit,
Forum Netzpolitik, LPT II/2018: vertagt auf LPT I/2019)

Der Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie empfiehlt die Annahme in der geänderten Fassung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun-
destages werden aufgefordert, auf die Entwicklung von
ethischen Regeln im Zusammenhang mit der Digitalisie-
rung und Transformation der Wirtschafts- und Arbeits-
welt hinzuwirken. Besonderer Fokus soll dabei auf die Ver-
änderungen für die ArbeitnehmerInnen und Arbeitneh-
mer gesetzt werden. Hierzu soll die Aufnahme als weite-
res Kapitel zur bereits begonnenen Arbeit der Ethikkom-
mission „Künstliche Intelligenz“ (Bundestagsdrucksache
19/2978) oder die Einrichtung einer eigenen Kommission
geprüft werden.

Darüber hinaus wird die Bundesebene der SPD aufge-
fordert, die fortwährende Diskussion zu einer „digitalen
Ethik“ durch ein eigenes, regelmäßig öffentliches Forum
zu begleiten und damit aktiv den gesellschaftlichen Dis-
kurs und -austausch zu diesem Thema mitzugestalten.

Begründung

Angesichts der fortschreitenden technischen Entwicklung
und immer umfassenderen Digitalisierung aller Lebens-
und Arbeitsbereiche des Menschen stellen sich neben
rechtlichen auch immer wieder ethische Fragen.

Was wollen wir? Was wollen wir nicht?

Ein ethisches Leitbild kann dabei Orientierung bieten bzw.
Hilfestellung bei der Bewertung neuer Technologien, neu-
er Geschäftsmodelle (z.B. datengetriebene Geschäftsmo-
delle) und Anwendungen (z.B. Künstliche Intelligenz im
Personalwesen, Einsatz von Robotik in der Pflege, usw.)
geben. Eine digitale Ethik sollte nicht ausschließlich tech-
nisch oder rechtlich definiert, sondern auch durch ein
Wertesystem unterstützt werden. Dies zu entwickeln ist
eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf auch
eines breit angelegten gesellschaftlichen Diskurses, wel-
cher fortwährend geführt werden sollte. Die SPD kann
und sollte der Ort für diese Diskussionen sein, sie kann
damit einen bedeutenden Beitrag zur einer modernen,
angstfreien Diskussion über die Chancen und Risiken der
Digitalisierung leisten.

Der Bundestag hat mit der einberufenen Enquete-
Kommission[1] (Bundestagsdrucksache 19/2978) bereits

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

einen wichtigen Schritt unternommen. Auch von der Arbeit der „Datenethikkommission“ beim BMI[2] versprechen wir uns wichtige Impulse.

Die Berliner SPD hat sich in der Vergangenheit immer wieder einzelner Herausforderungen der Digitalisierung in ihren Foren und Parteitagen angenommen. So greifen die Beschlüsse des vorherigen Parteitages bereits einen Teil der ethischen Rahmenbedingungen und daraus entwickelter Forderungen auf, wie z.B. die Schwächung der Digitalmonopole (Beschluss Antrag 163/II/2018) durch Herstellung von Interoperabilität und Zugang zu anonymisierten Daten. Ferner stellen die Beschlüsse der Anträge 165/II/2018 und 166/II/2018 klar, dass ethische Verantwortung auch in die Softwareentwicklung (Algorithmen) einfließen und die technischen Neuerungen auch stets im Zusammenhang mit ihren sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen öffentlich und in der Breite der Gesellschaft diskutiert werden sollen.

Der Antrag 164/II/2018 fordert zugleich Maßnahmen zu ergreifen Digitalmonopole durch Unterstützung und Förderung von Alternativen aufzubrechen.

Mit ethischen Fragen sind zugleich auch immer Fragen des Schutzes von Daten und der IT-Sicherheit verbunden. Mit der im Mai 2018 in Kraft getretenen DSGVO ist hier bereits ein mächtiges Gesetz in Kraft. U.a. der Beschluss von Antrag 168/II/2018 zeigt den Bedarf für eine Weiterentwicklung auf.

Der vorliegende Antrag setzt diesen Weg fort, indem hier explizit die Fragen und Ängste der ArbeitnehmerInnen adressiert werden. Auch hier werden bei näherer Betrachtung viele Teilgebiete und Technikfragen berührt (Automatisierung, KI, usw.) deren Entwicklung an einem Ort fortwährend diskutiert werden sollten. Ein Forum „digitale Ethik“ in der SPD könnte ein solcher Ort sein.

weiterführendes zum Thema:

Arbeit transformieren – Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Hand Bockler Stiftung, abrufbar unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_forschung_hbs_189.pdf

3TH1CS - Die Ethik der digitalen Zeit, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/266493/3th1cs>

[1] siehe: https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_ki

[2] siehe: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/it-und-digitalpolitik/datenethikkommission/arbeitsauftrag-und-leitfragen/arbeitsauftrag-und-leitfragen-node.html>

Stellungnahme LPT II/2018 - Forum Netzpolitik zu: Ethische Regeln für Digitalisierung / digitale Transformation

101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115

erarbeiten (Antrag 204/I/2018)Das Forum Netzpolitik begrüßt den Antrag dem Grunde nach. Die digitale Transformation ist ein rasanter Veränderungsprozess, der alle Bereiche erfasst und für den ethische Regeln neu diskutiert und weiterentwickelt werden müssen. Der Antrag ist in der jetzigen Form jedoch nicht hinreichend konkretisiert, weshalb die Zurücküberweisung an die AntragstellerInnen zur weiteren Bearbeitung empfohlen wird. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass das Forum den Antrag zum Anlass genommen hat, sich vertieft mit dem Thema Plattformökonomie zu befassen. Daraus sind verschiedene Anträge zum Klammerthema Plattformökonomie entstanden, die die Themen Monopolbildung, Algorithmenethik, Politische Werbung auf sozialen Plattformen, Alternativen zu Digitalgiganten und zu Datenschutz betreffen.